

Senatsbeschlüsse

über die 182. Sitzung des Senats

am 23.10.2018, 11:15 Uhr

- 4438.) Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen
(Vorlage 2424/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratungen bis zum 30. Oktober 2018 aus.

- 4439.) "Fleischgerichte, vegetarische und vegane Gerichte, Halal- und koscheres Essen an den Mensen der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven: Angebot, Nachfrage und Preisgestaltung"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2425/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2425/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12.09.2018 zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4440.) "Telekommunikationsüberwachung durch Funkzellenabfragen"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2426/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2426/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4441.) "Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?"
(Große Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2427/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 18.10.2018)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratungen bis zum 6. November 2018 aus.

4442.) Neugestaltung des Aufnahmeverfahrens an Grundschulen
2. Befassung nach Durchführung des Beteiligungsverfahrens
(Vorlage 2428/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 18.10.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 18. Oktober 2018 dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes gemäß Anlage 2 zu und beschließt die Mitteilung des Senats (Anlage 1) sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung in der November-Sitzung.

2. Der Senat nimmt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Aufnahmeverordnung gemäß Anlage 3 zur Kenntnis.

4443.) "Lenkungswirkung der Wettbürosteuer – welche Ergebnisse zeigt ihre Erhebung?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2429/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2429/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Am Ende der Antwort auf Frage 2 wird der folgende Satz eingefügt: „In Bremerhaven bestehen Schwerpunkte in den Stadtteilen Lehe und Geestemünde.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4444.) "Soziale und menschenrechtliche Kriterien in der öffentlichen Beschaffung"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2430/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass
 - unter „D. Finanzielle...“ die Genderprüfung die folgende Fassung erhält:
„Frauen sind im besonderen Maße von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in den Produktionsländer betroffen. Deshalb hat die Berücksichtigung von sozialen und menschenrechtlichen Kriterien gleichstellungspolitsch positive Auswirkungen.“

– unter „E. Beteiligung...“ der letzte Satz ersatzlos gestrichen wird.

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2430/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4445.) "Medikamentenversuche an Heimkindern in der Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und in der stationären Psychiatrie"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2431/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2431/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4446.) Rücknahme des gemeinsamen Antrags der Landesregierungen Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen auf Durchführung eines abstrakten Normenkontrollverfahrens zum "Elften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes"
(Vorlage 2432/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2432/19, der gemeinsamen Rücknahme des Antrags auf Durchführung eines Normenkontrollverfahrens durch die Landesregierungen Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen zuzustimmen.

2. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten, diesen Beschluss dem Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz zu übermitteln und es zu bitten, im Namen aller antragstellenden Landesregierungen den Antrag auf Durchführung eines abstrakten Normenkontrollverfahrens zurückzunehmen.

4447.) Entwicklungssatzung 1204 über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- An der kleinen Geest
- Vor den Ahnewelgen
- Landschaftsschutzgebiet
- Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße

(Vorlage 2433/19)

Beschluss:

1. Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) an und beschließt, die Entwicklungssatzung 1204 über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An der kleinen Geest, Vor den Ahnewelgen, Landschaftsschutzgebiet und Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße (Bearbeitungsstand: 20.8.2018) einschließlich Begründung entsprechend der Vorlage 2433/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Senat stellt fest, dass in der Begründung zur Entwicklungssatzung 1204 unter „E. Finanzielle Auswirkungen...“ die Wörter „des Ortsgesetzes“ in „der Entwicklungssatzung“ geändert werden.

4448.) Zentrales Finanzcontrolling Monatsbericht Januar bis August 2018
(Vorlage 2434/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratungen bis zum 30. Oktober 2018 aus.

4449.) Einbürgerungskampagne
(Vorlage 2435/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2435/19 dem Konzept für die Durchführung einer Einbürgerungskampagne entsprechend der Empfehlung des Senators für Inneres (Variante 1) und dessen Finanzierung zu.
2. Der Senat stimmt der Einrichtung von 1,5 zusätzlichen refinanzierten Stellen für die Dauer von drei Jahren und der entsprechenden befristeten Einstellung von drei Beschäftigten (Bes.Gr. A 8 / EG 9V TV-L) im Migrationsamt Bremen zum Zweck der Durchführung einer Einbürgerungskampagne zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Inneres, die Deputation für Inneres in ihrer nächsten Sitzung damit zu befassen.
4. Der Senat stellt fest, dass
 - unter „B. Lösung“ werden im vierten Absatz jeweils vor dem Wort „Einbürgerungslotsen“ die Wörter „Einbürgerungslotsinnen und“ eingesetzt.
 - unter „D. Finanzielle...“ wird der letzte Satz wie folgt ersetzt:
„Um Männer und Frauen gleichermaßen zu erreichen, wird die Einbürgerungskampagne geschlechtersensibel ausgerichtet.“

- unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ wird der Magistrat Bremerhaven gestrichen.

4450.) "Änderung des IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Föderale IT-Kooperation (FITKO)" sowie Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des IT-Staatvertrages" Ermächtigung des Präsidenten des Senats zur Unterzeichnung des geänderten IT-Staatsvertrages
(Vorlage 2436/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 22.10.2018)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 30. Oktober 2018 aus.

4451.) Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)
(Vorlage 2437/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 30. Oktober 2018 aus.

4452.) Schulstandortplanung für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2438/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2438/19 die Schulstandortplanung für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen als Grundlage für das weitere Verfahren in der Deputation für Kinder und Bildung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, in Abstimmung mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im ersten Quartal 2019 das erste

Maßnahmenpaket zu definieren und wesentliche Meilensteine für die einzelnen Bauprojekte und ihrer Finanzierung zu benennen.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei eine konsolidierte Planung für die voraussichtlichen investiven und konsumtiven Kosten sowie die Personalkosten der Schulstandortplanung vorzulegen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, in Abstimmung mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und mit der Senatorin für Finanzen die Auswirkung der Entwicklung der Schülerzahlen für die Versorgung mit Sportanlagen für den Schulsport aufzuzeigen.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die Schulstandortplanung und die jährlich fortgeschriebene Bevölkerungsvorausberechnung abzugleichen und über relevante Veränderungen dem Senat im ersten Quartal 2019 sowie alle vier Jahre zu berichten.